№ 269
A 115

Morgen-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 7. Juni 1924

Vossische Zeitung

15 Pfennig
(150 Milliarden)

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.— Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 4.20 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 5600 - 5663. Für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 5695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

64 Stimmen Mehrheit für das Gutachten.

Eine Waffe gegen Millerand.

Die Kammer in Permanenz?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

jb **Paris**, 6. Juni.

Die Wandelgänge der Kammer waren heute vormittag sehr belebt. Zahlreiche Gruppen hielten Sitzungen ab. Im Sitzungszimmer des Kammerpräsidenten Painlevé fand, wie bereits gemeldet, eine Besprechung zwischen den hervorragenden Mitgliedern des Kartells der Linken statt.

An dieser Besprechung nahmen außer Painlevé die Abgeordneten Herriot, Briand, Paul Boncourt, Leon Blum, Varenne, Renaudel und Hennissy teil. Innerhalb dieser Besprechung ging es sehr lebhaft zu.

Nachdem der Senator Chaumet und der Abg. Franclin-Boullon ihre Besprechungen mit dem Präsidenten der Republik beendet hatten, begaben sie sich in die Kammer, um an dieser Konferenz teilzunehmen. Sie setzten die übrigen Teilnehmer über ihre Unterredungen mit Millerand in Kenntnis. Franclin-Boullon erklärte vor allem, daß er nicht in der Lage sei, den von Millerand ausgedrückten Ansichten seine Zustimmung zu geben.

Ferner hielt die sozialistische Gruppe eine Sitzung ab, um ihre Haltung zur Präsidentschaftsfrage auf Grund der Weigerung Herriots, das neue Kabinett zu bilden, festzulegen. Nach einer mehr als einstündigen Diskussion einigte man sich dahin, der Kammer vorzuschlagen, in Permanenz zu tagen, d. h. alle Tage, auch Pfingstsonntag und Montag, alle zwei Stunden kurze Sitzungen abzuhalten, bis die Krisis beigelegt ist. Außerdem beschäftigte man sich damit, ob man in der Kammer einen Antrag über die Präsidentschaftsfrage zur Abstimmung bringen lassen sollte. Man kam jedoch überein, davon Abstand zu nehmen, da ein solches Verfahren nicht zulässig sei. Der Beschluß, der Gruppe vorzuschlagen, daß die Kammer in Permanenz tagt, ist von der Befürchtung diktiert worden, daß ein vom Präsidenten der Republik ernannter neuer Ministerpräsident vielleicht eine Verordnung betreffend Schließung der Session einbringen könnte. Heute nachmittag 4 Uhr fand eine Vollsitzung der Gruppe der Linken statt, in der die Sozialisten den Antrag stellten, daß sich die Vollversammlung ihrer Taktik anschließe.

Die heutige Kammersitzung brachte, nach den üblich gewordenen kommunistischen Rufen: „Nieder mit Millerand!" die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abgeordneten des nationalen Blocks auf Korsika. An seiner Stelle wurde der Abgeordnete Calucoli vom Linksblock als gewählt erklärt. Ein kommunistischer Antrag, die Kammer solle sich zur Präsidentschaftskrise äußern, wurde vom Präsidenten Painlevé als unzulässig erklärt.

Sodann ließ Präsident Painlevé einen Antrag des Linksblocks verlesen, wonach eine Kommission von 44 Mitgliedern konstituiert werden soll, die als außerordentliche Kreditkommission zur Beratung über die Aufhebung des Artikels 213 des Finanzgesetzes vom Juli v. J. fungieren soll. Dieser Antrag bezweckt praktisch die Sperrung aller Kredite für die Präsidentschaft und für die Regierung und ist somit geeignet, den Kampf gegen Millerand, falls dieser sich endgültig weigern sollte, zurückzutreten, in stärkerer Form aufzunehmen. Allerdings bedürfte dieser Antrag nach seiner Annahme in der Kammer erst noch der Zustimmung des Senats, um rechtswirksam zu werden. — Der Antrag kommt in der morgigen Sitzung der Kammer zur Beratung.

Der Antrag des Linksblocks, der heute im Namen des Sozialisten Moutet eingebracht wurde und der, wie bereits gemeldet, den Zweck verfolgt, der Regierung die Kredite zu sperren, bedeutet nach Auffassung politischer Kreise die offene parlamentarische Kampfansage des Linksblocks an Millerand. Falls der Antrag in Kammer und Senat angenommen wird, so wäre das von der Kammer angenommene Zwei-Jahres-Budget in seinem für die Regierung wesentlichen Teil aufgehoben, und die Kammer würde das Recht haben, der Regierung die Kredite von Monat zu Monat zu genehmigen oder vorzuenthalten. Da es aber als ausgeschlossen gilt, daß dieser Antrag ohne die heftigste und langwierigste Opposition auch nur in der Kammer durchgehen könnte — ganz geschweige vom Senat — so kommt auch ihm fürs erste mehr die Bedeutung einer Demonstration zu, die beweisen soll, daß die Linke auch vor den äußersten gesetzlichen Mitteln nicht zurückschrecken wird, um Millerands Rücktritt zu erzwingen. Jedenfalls dürfte der Antrag in der morgigen Kammersitzung eine heftige Diskussion hervorrufen, die durch die weitere Debatte über die Anträge Hennessy und Violette im Parlament auf Permanenzerklärung der Kammer noch bewegter werden könnte.

Die Empfänge im Elysée.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

jb **Paris**, 6. Juni.

Die heutigen Besprechungen Millerands sind, wie aus dem amtlichen Communiqué, das am Abend herausgegeben wurde, hervorgeht, erfolglos geblieben. Außer den bereits genannten Persönlichkeiten sind noch der bisherige Hygieneminister Strauß und der frühere Landwirtschaftsminister Boret empfangen worden. Das Communiqué des Elysée begnügt sich mit der Aufzählung der sämtlichen empfangenen Parteiführer und politischen Persönlichkeiten und schließt damit, daß Präsident Millerand seine Besprechungen morgen fortsetzen werde.

Damit bestätigt sich also unsere Mitteilung, daß Millerand vor der Ankunft Steegs keinerlei Entscheidung treffen will, weil er auf die Besprechung mit diesem seinem persönlichen Freunde, der aber politisch der Linken angehört, große Hoffnungen setzt. Indessen scheint es heute auch ganz unbefangenen Beurteilern, daß Millerands Aussichten, sich auf gesetzlichem Wege im Elysée zu halten und eine Linksregierung zu bilden, sehr stark gesunken sind. Für dieses Urteil, das bis in die Kreise der Rechten hinein geteilt wird, sind vor allem zwei Faktoren maßgebend: die morgen bevorstehende Kammerdebatte über die beiden Anträge der Linken, die auf den offenen Kampf gegen Millerand abzielen, und nur mit der Niederlage des Linksblockes oder Millerands enden können, wenn nicht einer von beiden nachgibt. Das Nachgeben aber hat sich der Linksblock selbst durch seine bisherige Haltung mit einer gewissen Absichtlichkeit unmöglich gemacht. Zweitens die heute abend zutage getretene Stimmung der führenden Persönlichkeiten im Senat betreffend den Antrag auf Einsetzung einer außerordentlicher Kreditkommission in der Kammer. Heute abend sind nämlich mehrere Führer der Linken des Senats in der Kammer erschienen, um mit den Führer des Linksblocks der Kammer über den genannten Antrag zu beraten. Bei diesen Besprechungen haben sich die Senatoren ausnahmslos bereit erklärt, im Senat für den Antrag einzutreten, wodurch die anfänglich zweifelhaften Chancen des Antrages im Senat als bedeutend gestiegen anzusehen sind. Geht aber dieser Kampf auch im Senat gegen Millerand aus, so ist seine Stellung unhaltbar, da er dann auch nicht mehr darauf rechnen könnte, irgendwie eine Mehrheit des Senats etwa für eine Auflösung der Kammer zu gewinnen. Dann bliebe ihm in der Tat nichts mehr übrig als der Rücktritt — oder der Staatsstreich, den er in seinen Besprechungen von heute nachmittag, wie gemeldet, als alter Republikaner selbst entschieden abgelehnt hat.

Bedenkzeit für Kloß.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

s **Paris**, 6. Juni.

Im Laufe des Abends wird bekannt, daß Millerand den früheren Finanzminister Kloß empfing und ihm dabei ernstlich die neue Kabinettsbildung angetragen habe. Kloß habe diesen Antrag nicht ohne weiteres abgelehnt, sondern soll, wie verlautet, erklärt haben, er bitte sich Bedenkzeit aus, um seine politischen Freunde zu befragen, und werde sobald als möglich dem Präsidenten seine Antwort übermitteln.

Unter den ernsthaften Kandidaten, falls Kloß ablehnen sollte, figurieren dann noch zwei Politiker, nämlich Loucheur und Steeg, der heute im Laufe des Tages in Marseille eingetroffen ist und im Laufe der Nacht in Paris sein wird.

Die entscheidende Reichstag-Sitzung.

Der Reichstag hat gestern, bevor er sich auf drei Wochen vertagte, die Regierung ermächtigt, das Sachverständigen-Gutachten mit größter Beschleunigung zu verwirklichen. Die Mehrheit war über Erwarten groß. 247 Abgeordnete stimmten mit ja, 183 mit nein. Mit einer Mehrheit von 64 Stimmen wurde folgender Antrag der drei Regierungsparteien zum Beschluß gebracht:

„Indem der Reichstag über alle anderen Anträge zur Tagesordnung übergeht, billigt er die Erklärung der Reichsregierung, nach der sie das Gutachten der Sachverständigen als praktische Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage anerkennt. Er erwartet von der Reichsregierung, daß sie im Interesse der schwer leidenden besetzten Gebiete und zur Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft mit größter Beschleunigung die zur Durchführung des Gutachtens erforderlichen Gesetzentwürfe vorlegt. Gleichzeitig erwartet er, daß die Reichsregierung die Freiheit der Gefangenen, die Rückkehr der Ausgewiesenen, die Räumung der nicht vertragsmäßig besetzten Gebiete und die Wiederherstellung rechtmäßiger Zustände in den vertragsmäßig besetzt bleibenden Gebieten sichert."

Die 183 Reinstimmen wurden abgegeben von den Vertretern der Deutschnationalen, der Kommunisten und der Nationalsozialistischen Freiheitspartei. Mit den drei eigentlichen Regierungsparteien stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung.

Dieser entscheidenden Abstimmung voraus gingen scharfe Geschäftsordnungsdebatten, bei der die Opposition die Forderung stellte, daß nicht über die Gutachten, sondern über die Vertrauensfrage abgestimmt werden solle. Die Deutschvölkischen und die Kommunisten waren in der Behauptung einig, daß die Regierung nicht wage, die Vertrauensfrage zu stellen und sich mit einer motivierten Tagesordnung begnüge, weil sie fürchte, in der Minderheit zu bleiben. Werde aber nicht ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen, dessen die Regierung auf Grund des Artikels 54 der Verfassung bedürfe, so seien, wie der Abg. v. Graefe behauptete, ihre Handlungen verfassungswidrig und rechtsungültig. Die Verfassung und die Geschäftsordnung sind die heiligen Bücher, auf die Deutschvölkische und Kommunisten täglich ihre Schwurfinger legen. Sie betreiben zwar den gewaltsamen Sturz der Verfassung, spielen sich aber gleichzeitig als Hüter des Grals von Weimar auf.

Eine andere Frage ist es, ob es nicht an sich wünschenswert gewesen wäre, wenn die Regierung ein direktes Vertrauensvotum verlangt hätte. Sie hätte es ohne Zweifel erhalten. Das ergibt das Stimmenverhältnis, mit dem gestern der deutschnationale Mißtrauensantrag abgelehnt worden war. Dieser Antrag, über den zuerst abgestimmt wurde, erhielt 194 Ja- und 239 Neinstimmen. Die Mehrheit war hier also geringer als bei der nachfolgenden Entscheidung über die Gutachten. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß die Wirtschaftliche Vereinigung zwar die Zusammensetzung der Regierung mißbilligt, aber die Verwirklichung der Gutachten wünscht. Die Bayerische Volkspartei hat entgegen den Erwartungen der Rechten in beiden Fällen mit der Mehrheit gestimmt.

Es war, bevor man zu den Abstimmungen gelangte, eine Reihe von geschäftsordnungsmäßigen Drahtzügen nötig, um Hindernissen zu beseitigen. Vor allem konnte die Reihenfolge der Abstimmungen strittig sein. Präsident Wallraf erklärte — unter Hinweis auf die Tatsache, daß von vier Präzedenzfällen zwei so und zwei anders entschieden worden seien — den Mißtrauensantrag für den weitestgehenden. Der Kommunist Koenen behauptete, damit wolle der Präsident der Regierung zu Hilfe kommen, ein Vorwurf, der kaum Eindruck machen konnte, da bekanntlich Herr Wallraf zur Deutschnationalen Volkspartei gehört, die sich als heftige Oppositionspartei gebärdet. Die Deutschvölkischen gingen im Wetteifer so weit, einen „Vertrauensantrag" für die Regierung einzubringen und aufrechtzuerhalten, in der Hoffnung, daß vielleicht ein Teil der Sozialdemokratie dadurch von der Mehrheit abgesprengt werden könnte. Demgegenüber erklärte der Abgeordnete Löbe in seiner ruhigen, treuherzigen Manier, daß allen Tricks und Manövern die Abwehr nicht fehlen werde, da die sozialdemokratische Fraktion nicht daran denke, ihren Gegnern das Spiel zu